



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 6. bis 12. Februar 2025

Eine weitere Woche voller politischer Achterbahnfahrten liegt hinter uns. Die internationale Politik war diesmal das Hauptthema. Zuerst ging es um den Migrationspakt der Europäischen Union, von dem Ministerpräsident Tusk sagte, dass Polen ihn nicht implementieren werde, während das Thema von der rechten Opposition begierig aufgegriffen wurde. Ferner bewegte das Telefonat des US-Präsidenten mit seinem russischen Amtskollegen die Gemüter; dabei ging es unter anderen um die Möglichkeiten, den Ukrainekrieg zu beenden.

Polnische Reaktionen auf Trumps Gespräch mit Putin

Breiten Widerhall in polnischen Medien und Politik fand das Telefongespräch des US-Präsidenten Donald Trump mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin. Nach den Meldungen war ihr hauptsächliches Thema der von Putin angezettelte Krieg gegen die Ukraine und die Möglichkeiten, diesen zu beenden. Trump kündigte den Beginn formeller Friedensverhandlungen an. Zugleich gab der US-amerikanische Verteidigungsminister Pete Hegseth in Brüssel bekannt, die Ukraine könne nicht damit rechnen, ihre Grenzen von vor 2014 wiederherzustellen, noch Mitglied in der NATO zu werden. Das Thema wurde umfassend in der polnischen Politik und Publizistik aufgegriffen. Noch am selben Tag informierte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj über ein Gespräch, das er mit Trump führte hatte: „Präsident Trump teilte Einzelheiten seines Gesprächs mit Putin mit. Niemand will mehr den Frieden als die Ukraine. [...] gemeinsam mit den Vereinigten Staaten plant sie weitere Schritte, um die russische Aggression aufzuhalten und einen dauerhaften, verlässlichen Frieden sicherzustellen. So, wie Präsident Trump sagte: Lasst uns das machen.“¹

¹<https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114881,31687654,na-putinie-sie-nie-skonczylo-donald-trump-skontaktowal-sie.html>

Ministerpräsident Donald Tusk (KO) nahm zu den beiden Gesprächen Stellung: „Alles, was wir brauchen, ist Frieden. EINEN GERECHTEN FRIEDEN. Die Ukraine, Europa und die Vereinigten Staaten müssen gemeinsam daran arbeiten. GEMEINSAM.“²

Der polnische Außenminister Radosław Sikorski (PO) stellte die Position seines Ressorts vor: „Polen wird weiterhin unerschütterlich die Ukraine unterstützen und für die Verschärfung von Sanktionen vor möglichen Gesprächen mit Russland eintreten.“³

Jędrzej Bielecki schreibt dazu in der *Rzeczpospolita*: „Was seit langem befürchtet wurde, wird vor unseren Augen zur Tatsache. Der amerikanische Präsident hat unmittelbar Verhandlungen mit dem russischen Diktator aufgenommen, über die Köpfe der Europäer hinweg. Und vielleicht auch über diejenigen der Ukrainer hinweg.“⁴

Tomasz Płudowski, habilitierter Politikwissenschaftler und Amerikanist, meint: „Die Vereinigten Staaten bewegen sich in eine rein geschäftsmäßige Richtung und setzen vor allem auf den Kontakt mit Putin und Russland. Den Preis dafür wird dagegen die Ukraine zahlen, und Trump hält sie im Ungewissen.“⁵

General Bogusław Pacek, Direktor des Museums der Polnischen Armee, sagte in einem Interview mit der *Gazeta Wyborcza*: „Vieles deutet darauf hin, dass eine Entscheidung über das Schicksal der Ukraine getroffen werden wird, ohne diese nach der Meinung zu fragen. So wie in Jalta [bei der Konferenz der Alliierten von Jalta im Februar 1945; A.d.Ü.]. Eine Verständigung zwischen den Großmächten allein wird die Ukrainer von der Diskussion zur Zukunft ihres Landes ausschließen, leider.“⁶

Anna Maria Dyer von *Polityka Insight* sagte im Gespräch mit dem Radiosender TOK FM: „Getragen von einer Welle des Hurrapatriotismus, schreibt Präsident Donald Trump, was er schreibt, sagt, was er sagt, aber seitens Russland sehe ich da keinen solchen Enthusiasmus. Ich stelle mir vor, dass es für Russland bei den Verhandlungen nicht nur darum geht, was die Ukraine betrifft, sondern auch um seine Großmachtposition.“⁷

Wieder mal der Migrationspakt

Bei einer Konferenz von EU-Kommissaren im Europäischen Solidarność-Zentrum in Danzig anlässlich des Beginns der polnischen EU-Präsidentschaft sagte Ministerpräsident Tusk in Anwesenheit von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: „Ich habe dies den Polen

²<https://www.wprost.pl/swiat/11932410/trump-i-putin-prowadza-rozmowy-ws-ukrainy-tusk-i-msz-reaguja.html>

³<https://wydarzenia.interia.pl/ukraina-rosja/news-przelomowe-rozmowy-trumpa-z-putinem-i-zelenskim-europa-jedny,nId,7911210>

⁴<https://www.rp.pl/komentarze/art41799441-jedrzej-bielecki-trump-rozmawia-z-putinem-europa-wstrzymuje-oddech>

⁵<https://wydarzenia.interia.pl/ukraina-rosja/news-trump-traktuje-zelenskigo-jak-petenta-fatalna-wizja-przyszl,nId,7911237>

⁶<https://wyborcza.pl/7,75398,31671676,ameryka-trumpa-juz-nie-z-unia-a-ukraina-bez-szans-na-nato.html>

⁷<https://www.tokfm.pl/Tokfm/7,103086,31687578,co-dalej-po-rozmowie-putina-z-trumpem-ze-strony-rosji-az-takiego.html>

unlängst in eindeutiger Weise gesagt und habe das heute der Präsidentin wiederholt. Ich freue mich, dass meine Argumente Gehör und Verständnis fanden, dass Polen den Migrationspakt nicht in einer Weise implementieren wird, die irgendwelche zusätzlichen Migrantenquoten in Polen nach sich ziehen würde.“⁸ Diese Erklärung fand starken Nachhall in der polnischen Politik.

Der stellvertretende Außenminister Marek Prawda nahm zur Frage des Migrationspakts Stellung: „Es gibt ständig viele Zweifel, ob sich der Migrationspakt in der vorliegenden Form, wie wir ihn heute haben, zur Einführung eignet. Eher wohl nicht. [...] Polen will Lösungen finden, die das Problem wirklich lösen werden und es nicht auf jemand anderen abwälzen. Es ist keine Lösung, die Binnengrenzen der EU zu schließen, was zum Beispiel Deutschland versucht hat und womit wir nicht einverstanden sind.“⁹

Die Politiker vom rechten Flügel schlugen augenblicklich einen alarmistischen Ton an, zeichneten das Schreckgespenst illegaler Migration und brachten das Thema Migrationspakt in den Präsidentschaftswahlkampf ein.

Der PiS-Abgeordnete Paweł Moskal veröffentlichte Aufnahmen eines Schreibens des Chefs des Ausländeramts an drei Minister und zwei Generäle mit der Information, dass er einen Landeskriseplan erstelle zu Aufnahme von Migranten und Asyl in Ergänzung der gegenwärtigen Aktualisierung des Landesplans zur Krisenbewältigung. Moskal meinte, in dem amtlichen Schreiben eine Sensation zu erkennen und schrieb auf seinem Profil bei X: „Tusk lügt in Sachen Migrationspakt. [...] Im Rahmen dieser Maßnahmen sollen staatliche Einrichtungen auf die Aufnahme von Massen illegaler Migranten vorbereitet sein. Sogar die Polnische Armee soll in diesen Vorgang einbezogen werden, sie soll für den Transport illegaler Immigranten von den Grenzpunkten zu Asylaufnahmestelle auf polnischem Gebiet verantwortlich sein. Der Migrationspakt tritt in die Umsetzungsphase ein. Polen wird sich bis zur Unkenntlichkeit verändern, wenn wir das nicht aufhalten.“¹⁰

Der früher Bildungsminister Przemysław Czarnek (PiS) schrieb: „Die Masken sind gefallen. Auf der Sitzung der EU-Innenminister in Warschau haben sie den Migrationspakt abgestimmt und gehen sofort an seine beschleunigte Umsetzung. Skandal und Schock #StopPatoWładzy Tuska [Stopp der kranken Regierung Tusk].“¹¹

Janusz Lewandowski, Europaabgeordneter der PO, machte deutlich, wie es tatsächlich mit dem Migrationspakt steht: „Die Länder, die zum Blockieren zusammengekommen sind, repräsentierten nur vierzehn Prozent der Bevölkerung der EU, der Pakt tritt also in Kraft, aber wir werden uns ein Hintertürchen offenhalten, wie Tusk bereits in Gegenwart von Ursula von der Leyen ankündigte.

⁸<https://www.pap.pl/aktualnosci/premier-tusk-o-pakcie-migracyjnym-moja-argumentacja-znalazla-sluch-i-zrozumienie>

⁹<https://dorzeczy.pl/opinie/686891/tusk-vs-pakt-migracyjny-wiceszef-msz-postuluje-zmiany.html>

¹⁰https://x.com/Michal_Moskal/status/1887965421594116390

¹¹<https://konkret24.tvn24.pl/polska/pakt-migracyjny-sekretny-plan-tuska-posel-moskal-manipuluje-opinia-publiczna-st8299049>

Als Land unter dem Druck von Migranten werden wir nämlich keine Zuweisungen von Migranten aus anderen Ländern aufnehmen.“¹²

Diese Erklärung konnte den Abgeordneten Marek Suski (PiS) jedoch nicht überzeugen. Er verkündete: „Ein Strom unerwünschter ‚Ingenieure‘ und ‚Ärzte‘ wird sich aus Deutschland ergießen. Wer nicht arbeiten will, den werden sie uns schicken. [...] Sie werden hierher kommen, nicht um zu arbeiten, sondern nur, um Gaben von der polnischen Gesellschaft entgegenzunehmen, und wir werden für ihren Unterhalt sorgen müssen.“¹³

Jacek Gądek bewertet in *Newsweek* die Erklärung des Ministerpräsidenten: „Politiker gewinnen oder verlieren aufgrund des Themas Migrationen. Und seit Tusk in die polnische Politik zurückgekehrt ist, verfolgt er im wesentlichen ein Ziel: gegen PiS zu gewinnen, indem er zuerst die Regierung und dann den Präsidentenpalast übernimmt. Und das Thema Migration ist für ihn bei diesem Feldzug eine tödliche Gefahr – wenn er das nicht bewältigt, wird er verlieren.“¹⁴

Michał Płociński betont in der *Rzeczpospolita*: „Die migrationsfeindliche Rhetorik passt den Planern der KO in ihre Strategie des ‚gesunden Menschenverstands‘, von der [Präsidentenskandidat der KO] Rafał Trzaskowski dreißig Mal am Tag bei Wahlkampfversammlungen spricht. Aber damit gibt es ein Problem: Sie passt nicht richtig mit dem Migrationspakt zusammen, der ausgerechnet unter unserer Führung in der Europäischen Union beschlussreif gemacht wird.“¹⁵

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann

¹²<https://dorzeczy.pl/opinie/689050/lewandowski-pakt-migracyjny-wejdzie-w-zycie-w-polowie-2026-roku.html>

¹³<https://dorzeczy.pl/opinie/687979/suski-tusk-klamie-imigranci-przybeda-od-strony-niemiec.html>

¹⁴<https://www.newsweek.pl/polska/polityka/donald-tusk-wie-przez-co-moze-wszystko-przeprac-dlatego-mowi-jak-pis-analiza/j8tbrg8>

¹⁵<https://www.rp.pl/opinie-polityczno-spoleczne/art41797411-michal-plocinski-pakt-migracyjny-bedzie-ciazyc-rafalowi-trzaskowskiemu>